

HAUSHALTSREDE

von Dirk Rosellen, Fraktionsvorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion
gehalten am 27. März 2019

- SPERRFRIST: REDEBEGINN -

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mit dem Wichtigsten beginnen:

Wir als FDP-Fraktion stimmen diesem Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 zu. Denn dieser Doppelhaushalt macht wie in den vergangenen Jahren deutlich, welche Ziele und Perspektiven die politische Mehrheit in diesem Hause verfolgt.

Wir wollen eine nachhaltige Haushaltspolitik, die auf der einen Seite die angespannte Haushaltslage unserer Kreiskommunen berücksichtigt, auf der anderen Seite aber auch den Kreis auf die anstehenden Aufgaben und gravierenden Herausforderungen vorbereitet und fit für die Zukunft macht. Und das betrifft nicht nur das große Feld Energiewende und Strukturwandel, das jetzt viel schneller als erwartet auf uns zukommt, sondern auch die Bereiche Digitalisierung, Wirtschaft, Krankenhäuser und Soziales, Umwelt und Klima, Kultur und Sport.

Trotz großer Herausforderungen haben wir es in diesem Jahr wieder geschafft, nicht nur den Schuldenstand weiter zu reduzieren, sondern auch - und das ist uns als FDP ganz wichtig – die Hebesätze der Kreisumlage auf historisch niedrige Werte von 35,1 in 2019 und 36,5 in 2020 zu senken.

Das ist ein deutliches Zeichen der Solidarität an die Kreisgemeinschaft. Wir lassen unsere Kommunen nicht im Regen stehen – auch wenn das vielfach anders behauptet wird. Nur wenn unsere Kreiskommunen stark sind, können auch wir als Kreisgemeinschaft stark sein. Und dazu bedarf es einer nachhaltigen, soliden, kommunalfreundlichen und zukunftsgerichteten Haushaltspolitik, die sich in diesem Doppelhaushalt widerspiegelt.

Mit diesem Doppelhaushalt haben jetzt die Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine und Kulturtreibende im Kreis für zwei Jahre Planungssicherheit.

Aus unserer Sicht der entscheidende Vorteil eines Doppelhaushaltes!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie in jedem Jahr machen die hohen Sozialausgaben die Gesamtsituation nicht einfacher. Auch dieses Mal beträgt der Anteil der Kosten für die Bereiche Soziales und Landschaftsumlage wieder rund 60 Prozent des Haushaltsvolumens. Wie in den Vorjahren reicht auch dieses Mal das gesamte Aufkommen aus der Kreisumlage nicht aus, um den Bedarf für diese Positionen zu decken.

Trotz der guten wirtschaftlichen Lage und der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei uns im Rhein-Kreis Neuss seit Jahren auf einem relativ konstant hohen Niveau.

Anfang 2019 lag die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei 15.230.

Rund 30.000 hilfsbedürftige Menschen leben aktuell im Rhein-Kreis Neuss.

Etwa 21.000 davon sind erwerbsfähige Leistungsbezieher.

Und genau hier müssen wir ansetzen, meine Damen und Herren. Unser Handlungsspielraum ist jedoch begrenzt, keine Frage. Trotzdem dürfen wir als Kreispolitik nicht tatenlos zusehen, wie immer mehr Menschen auch im Alter und bei Krankheit, von Sozialleistungen abhängig werden. Wir stehen in der sozialen Verantwortung, Menschen, die nicht so gut dastehen oder unverschuldet in diese Lage gekommen sind zu helfen.

Auf der anderen Seite gehört zum Fördern auch das Fordern dort, wo es angezeigt ist. Auch wenn jetzt von anderen Parteien der Ruf laut wird, das bestehende System zu ändern – in ein System: fördern ohne zu fordern, halten wir als FDP-Fraktion an dem bewährten bestehenden System fest, fördern und unterstützen, wo es notwendig ist, ja - aber wir fordern die Menschen auch.

Gerade in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Entwicklung gut ist und Unternehmen branchenübergreifend immer mehr über Fachkräftemangel klagen, müssen wir gemeinsam mit der Arbeitsagentur, dem Jobcenter, den Wohlfahrtsverbänden, den Sozialeinrichtungen, unseren Kreiskommunen und allen anderen Partnern alle Möglichkeiten ausschöpfen, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Die beste Sozialpolitik und damit oberstes Ziel aller Anstrengungen muss es sein, erwerbsfähige Menschen mit verstärkten Qualifizierungsmaßnahmen und Vermittlungsaktivitäten wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen.

Nur so lassen sich die enormen Sozialausgaben in Zukunft nachhaltig reduzieren und die öffentlichen Haushalte entlasten.

Wir werden uns deshalb weiterhin mit aller Kraft auf Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung für die Menschen in unserem Kreis konzentrieren. Ein Baustein dazu sind unsere vier Berufsbildungszentren im Kreis. Diese müssen mit einer Digitalisierungsoffensive fit für künftige Anforderungen gemacht werden.

Gerade im Bereich Informatik herrscht schon heute ein großer Fachkräftemangel sowohl bei Unternehmen als auch auf Verwaltungsseite. Stellen können nicht besetzt werden, da es keine adäquaten Bewerber gibt. Aus diesem Grund sehen wir die Notwendigkeit einer Fokussierung auf den Bereich Informationstechnologie bei unseren Berufsbildungszentren und Fachhochschulen im Kreis durch neue und erweiterte Ausbildungs- und Studiengänge.

Mit gut ausgebildeten Informatikern können wir nicht nur neue IT-Unternehmen in den Kreis holen und hier binden, sondern auch den ständig steigenden Bedarf an IT-Fachkräften in unseren Verwaltungen und Schulen decken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der größte Anteil der Gesamtausgaben im Kreishalt – rund 90 Prozent - sind gesetzlich vorgeschrieben und können von uns nicht bzw. nur indirekt beeinflusst werden. Es ist daher umso wichtiger, an den Stellschrauben zu drehen, die wir als Kreispolitik selber beeinflussen können.

Und dazu zählt nach wie vor die Verringerung der Kreisschulden und der Zinsbelastung. Lag der Schuldenstand im Jahr 2002 noch bei über 130 Millionen Euro, sind es Ende 2019 27,2 Millionen Euro und Ende 2020 sogar nur noch 20,7 Millionen Euro. Die Zinsaufwendungen – und das ist der entscheidende Punkt daran - reduzierten sich im gleichen Zeitraum von 8 Millionen im Jahr 2002 auf nun 1,5 Millionen in 2019 und 1,3 Mio. in 2020. Das entspricht Jahr für Jahr rund einem Punkt weniger Kreisumlage, die die Kommunen aufbringen müssen. Diese erfolgreiche Entschuldungspolitik müssen wir gerade in Zeiten einer florierenden Wirtschaft und steigender Steuererträge konsequent weiter fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir als FDP-Fraktion beschäftigen uns auch in diesem Jahr wieder mit der Frage: wie stehen wir als Kreis im Wettbewerb mit anderen Regionen? Sind wir ein attraktiver Standort für Unternehmen und Menschen, die hier leben?

Die Zahlen und Fakten sprechen dafür. Unabhängigen Studien nach zu urteilen, zählen wir weiterhin in vielen Bereichen zu den Top-Standorten in NRW und Deutschland:

Die Arbeitslosenquote liegt im Kreisgebiet weiter auf einem niedrigen Niveau von 5,2 Prozent.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mittlerweile auf fast 148.000 gestiegen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist dank der hohen Ausbildungsquote der bei uns ansässigen Unternehmen sehr gering.

Die Exportquote im Kreis liegt weiter bei über 50 Prozent.

Auf diese Zahlen und Entwicklungen können wir stolz sein. Darum beneiden uns andere Städte und Kreise. Diese Entwicklung ist jedoch kein Selbstläufer und kein Grund sich zurückzulehnen, gerade auch vor den anstehenden großen Herausforderungen vor Ort oder internationalen Entwicklungen.

Entscheidend wird in den kommenden Jahren sein: Wie gelingt es, den Rhein-Kreis Neuss, der bislang für eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte steht, möglichst nicht nur unbeschadet durch den Strukturwandel und die Energiewende zu führen, sondern ihn stärker zu machen.

Der Strukturwandel wird unsere Region in den kommenden Jahren vor enorme Herausforderungen stellen. Und das nicht wie ursprünglich geplant mittel- und langfristig, sondern nach den Ergebnissen der Kohlekommission stehen diese unmittelbar bevor.

Das frühe Ende der Braunkohleverstromung sehen wir mit Blick auf unsere Region durchaus kritisch. Unsere Bedenken hinsichtlich einer gesicherten Energieversorgung, gerade auch unter Berücksichtigung der heimischen energieintensiven Industrie, sind für uns bei den Ergebnissen der Kohlekommission nicht hinreichend beachtet worden. Bedenklich stimmt uns ebenso, dass gerade im Rheinischen Revier schon in den nächsten Jahren die ersten größeren Einschnitte erfolgen sollen. Dies stellt eine starke Belastung für die Unternehmen und Menschen im Kreis und unsere gesamte Region dar.

Nichtsdestotrotz müssen wir mit dieser Situation nun vor Ort umgehen. Klar ist, der Strukturwandel erfordert große Kraftanstrengungen und erhebliche finanzielle Mittel. Klar ist auch, der Strukturwandel ist eine große Gemeinschaftsaufgabe vom Bund bis zur Kommune, von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Forschung und Bevölkerung.

Tausende Arbeitsplätze sind von der Energiewende bei uns im Kreis und im gesamten Rheinischen Revier betroffen. Neben den Energieunternehmen selber, sind es vor allem auch viele kleine und mittelständische Betriebe als Dienstleister und Zulieferer sowie die bei uns ansässige energieintensive Industrie. Um Strukturwandelprojekte konkret im Rhein-Kreis unmittelbar anstoßen und durchführen zu können, sehen wir 1 Mio. Euro als Finanzierungsgrundlage im Kreishaushalt als notwendig an.

Mit Projekten wie „Campus Changeneering“, „Alu-Valley“ und „Reviermanagement Gigabit“ sollen gezielt Voraussetzungen für hochwertige und zukunftssichere Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Zudem müssen geeignete Flächen für Gewerbe und Wohnraum zur Verfügung gestellt und die Infrastruktur gestärkt werden. Und das gilt vor allem auch für die Verkehrsinfrastruktur. Mit dem Beschluss zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans im vergangenen Jahr hier im Kreistag haben wir den Grundstein gelegt. Mit einem speziellen Maßnahmenpaket sollen sowohl die Bus- und Bahn-Verbindungen im Kreisgebiet als auch die Vernetzung mit den Nachbarstädten verbessert werden.

Neben dem Schienen- muss aber auch der Straßenverkehr optimiert werden. Ich nenne hier nur beispielhaft zwei Projekte wie die Realisierung der Autobahnanschlussstelle Delrath oder die Anbindung an das neugeplante gemeinsame Gewerbegebiet zwischen Jüchen und Grevenbroich und die damit verbundene Herabstufung der A540 zu einer Bundesstraße. Diese Projekte dürfen sich nicht weiter verzögern, sondern müssen auch realisiert und zum Abschluss gebracht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

um den Strukturwandel zu meistern und auch danach gut oder sogar noch besser dazustehen, sind wir als Kreispolitik gefordert unsere Hausaufgaben zu machen. Und dazu zähle ich nicht nur die Wirtschaftsförderung zusammen mit der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Hierzu gehören auch die Bereiche

- Bildung- und Weiterbildung,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

- Soziales, Gesundheitsvorsorge und medizinische Versorgung, Verkehrs- und digitale Infrastruktur
- Wohnen,
- Kultur und Sport,
- Umwelt und Klima.

Alles Bereiche, die zum erfolgreichen Wirtschaften, Arbeiten und Leben dazu gehören. Denn nur wenn bei uns im Kreis Arbeits- und Ausbildungsplätze vorhanden sind, die Menschen sich hier wohlfühlen und die Lebensqualität hoch ist, werden sie auch bei uns arbeiten, hier leben, ihre Freizeit verbringen und ihre Kinder zur Schule schicken.

Nur, wenn die Standortfaktoren und Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gut sind, werden sich Unternehmen bei uns ansiedeln, hier bleiben und expandieren. Um als Kreispolitik aber die richtigen Weichen zu stellen, muss man die Bedürfnisse der Unternehmen kennen. Nur dann kann man die Rahmenbedingungen entsprechend anpassen und maßgeschneiderte Lösungen anbieten.

Um den Dialog und die Vernetzung mit den Unternehmen, den Verbänden, den Wirtschaftsförderungen im Kreis und der Politik noch zu verbessern, haben wir die Veranstaltungsreihe „Wirtschaftsdialoge“ ins Leben gerufen, die im kommenden Monat mit dem Thema „Strukturwandel und Digitalisierung“ startet. Wir freuen uns sehr, dass wir den nordrhein-westfälischen Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie Prof. Pinkwart für die Auftaktveranstaltung gewinnen konnten.

Die Digitalisierung ist heute eines der Zukunftsthemen schlechthin und von zentraler strategischer Bedeutung für alle Bereiche. Die Möglichkeiten digitaler Technologien und digitaler Vernetzung verändern das Leben der Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft sowie auch Behörden und öffentliche Verwaltungen immer mehr. Die Digitalisierung ist ein zentraler Steuerungsfaktor der Kommunalentwicklung und der gesamten Daseinsvorsorge. Sie wird damit zu einem entscheidenden Standort- und Wettbewerbsfaktor. Deshalb sind Kommunen, die sich frühzeitig und vollumfänglich auf die digitalen Herausforderungen vorbereiten, innovativer, bürger- und

unternehmensfreundlicher als Kommunen, die dieses zentrale Zukunftsthema nicht rechtzeitig für sich erschließen.

Anfang dieses Jahres haben wir bereits zwei Anträge zum Thema Digitalisierung in den Kreisausschuss eingebracht. Ein wirtschafts- und bevölkerungsstarker Kreis wie der Rhein-Kreis Neuss, der zentral zwischen den Ballungszentren Köln und Düsseldorf liegt, sollte auf eine möglichst umfassende Netzabdeckung setzen. Funklöcher, Internet-Lücken und weißen Flecken müssen im Kreisgebiet verschwinden. Wir setzen daher auch auf eine schnellstmögliche Umsetzung der „5G-Modellregion“ für den Rhein-Kreis Neuss und eine flächendeckende Breitbandverbindung. Aber auch die Möglichkeiten einer „Smart City“ gilt es zu nutzen. Smart Parking-Projekte, die bereits teilweise vor Ort realisiert wurden, sind nur der Anfang. In Zusammenarbeit mit den Städten und der Gemeinde lassen sich hier innovative Ideen entwickeln, von denen alle profitieren.

Beides ist Grundvoraussetzung, um auch Zukunftstechnologien und Spitzenforschung in den Rhein-Kreis Neuss zu holen. Gelingt es uns in Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden sowie dem auf diesem Forschungsgebiet spezialisierten Max-Planck-Institut für Radioastronomie ein tragfähiges Konzept zur Ansiedlung eines datenverarbeitenden Standorts zu entwickeln, können wir eine führende Rolle in einem weltweiten Forschungsvorhaben auf allerhöchstem Niveau besetzen. Bisher ist Deutschland nicht beteiligt, mit Großbritannien verlässt der bis dato führende EU-Teilhaber im Zuge des Brexits die Union. Die Gelegenheit könnte somit nicht günstiger sein.

Aber auch in anderen Bereichen wie z.B. E-Government oder auch im Kulturbereich bietet die Digitalisierung vielfältige Chancen, die wir als Kreis aufgreifen sollten, um Angebote zu erweitern und attraktiver zu gestalten. Um die Kommunikation mit der Kreisverwaltung für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger noch kundenfreundlicher zu gestalten, stellen wir uns die Einrichtung eines Chatbots für die Homepage des Rhein-Kreises Neuss vor. Dies hat für die Seitenbesucher den Vorteil, noch einfacher, schneller und effizienter an benötigte Informationen zu kommen. Der Besucher kann seine Frage direkt in ein Dialogfenster eingeben und erhält eine

Antwort. Das spart Zeit und erhöht die Kundenfreundlichkeit. Hier sollte der Kreis auf das Angebot des kostenlos zur Verfügung gestellten NRWots des Landes zurückgreifen und entsprechend der lokalen Anforderungen und Bedürfnisse anpassen und weiterentwickeln.

Beim Thema Digitalisierung sollte der Rhein-Kreis Neuss insgesamt eine Modellregion werden und Vorreiterrolle einnehmen, die Standards setzt die andere Kommune dann von uns übernehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein weiteres schon heute wichtiges, aber in Zukunft noch an Bedeutung gewinnendes Thema, das auch ein Standortfaktor im Wettbewerb mit anderen Kommunen ist, ist das Thema Wohnen. Dieses Thema umfasst nicht nur das fehlende Angebot an Wohnraum – speziell preisgünstigem Wohnraum, sondern beinhaltet auch neue Wohnformen und -varianten, die insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung immer wichtiger werden. Wir haben pro Jahr rund 300 bis 400 Wohneinheiten zu wenig, wenn wir den Gesamtbedarf bis 2030 decken wollen.

Fest steht, weder der Kreis noch die Kommunen können das Problem alleine lösen. Hier müssen die Kommunen und der Kreis stärker zusammenarbeiten. Die Ergebnisse der Wohnungsstudie stehen noch aus. Sobald diese auf dem Tisch sind, müssen wir als Kreispolitik entscheiden, wie es weiter gehen soll. Ob mit einer eigenen Kreiswohnungsbaugesellschaft, der Beteiligung an einer bestehenden Wohnungsbaugesellschaft oder in einer Koordinatorfunktion. Mittel haben wir dafür bereits in den Haushalt eingestellt. Das wichtigste ist in erster Linie das Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und nicht der Weg dorthin. Dieser muss so effizient wie möglich sein und zusammen mit unseren Städten und der Gemeinde erfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb mit anderen Kommunen ist auch die medizinische Versorgung, speziell die stationäre medizinische Versorgung, also unsere Krankenhäuser im Rhein-Kreis Neuss. In diesem Bereich ist in den vergangenen Jahren schon sehr viel passiert und von Seiten der Kreispolitik auf den Weg gebracht worden. Dazu zählt nicht nur die Umwandlung unserer Kreiskrankenhäuser in Dormagen und Grevenbroich in eine gemeinnützige GmbH sondern auch die Einbeziehung der Seniorenhäuser. Auch der eingeschlagene Konsolidierungskurs der Rhein-Kreis Kliniken zeigt positive Wirkung.

Der nächste Schritt ist jetzt die Fusion mit dem Neusser Lukaskrankenhaus, die wir nun zu einem erfolgreichen Abschluss bringen sollten. Durch die Fusion entsteht im Rhein-Kreis Neuss ein Krankenhausverbund, der zu den 10 größten kommunalen Krankenhäusern in Deutschland gehört und dessen Zahlen sich sehen lassen können: Vier Häuser in drei Städten mit rund 1150 Betten, in denen pro Jahr 55.000 Patienten stationär und 140.000 weitere ambulant versorgt werden können sowie 3800 Mitarbeitern.

Die Fusion bietet noch mehr die Möglichkeit, medizinische Schwerpunkte zu setzen und auch neue Fachgebiete zu entwickeln. Nur so lässt sich die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Kreis auf einem hohen Niveau halten und verbessern.

Die richtigen Weichen müssen auch im Bereich der Pflege gestellt werden. Das Gutachten zur Örtlichen Planung hat uns wichtige Hinweise zu den anstehenden Herausforderungen und teilweise auch mahnende Worte mit auf den Weg gegeben. Vor allem im ambulanten, aber auch im stationären Bereich und ganz besonders, was qualifiziertes Pflegepersonal angeht. Die Zukunft verlangt nach Lösungen, die wir jetzt finden müssen, damit unsere älteren Mitmenschen gut versorgt sind, wenn sie aufgrund ihres Alters Hilfe und Unterstützung benötigen. Hier sind die vielfältigen ambulanten Möglichkeiten wie Tages- und Kurzzeitpflege so zu nutzen, dass jeder so lange wie möglich in seiner gewohnten Umgebung alt werden kann. Aber auch

ausreichende Plätze im stationären Bereich müssen sichergestellt sein, wenn dies nicht mehr möglich ist.

Meine Damen und Herren,

für einen familienfreundlichen Kreis spielt auch die Betreuungsmöglichkeit für unsere Kleinsten eine wichtige Rolle. Der U3-Ausbau schreitet in unserem Jugendamtsbezirk immer weiter fort. Bisher ist es uns immer gelungen, für jedes Kind, das einen Platz sucht, auch einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen zu können. Dieses Ziel gilt es auch weiterhin zu erfüllen. Mit dem zweiten kostenfreien Kita-Jahr hat die schwarz-gelbe Landesregierung eine weitere Entlastung der Eltern bei den Elternbeiträgen auf den Weg gebracht. Unterstützend sind Anpassungen dort angezeigt, wo es besonders notwendig ist. Deswegen ist eine Überprüfung der Beitragsfreigrenze im Kita-Bereich im Gespräch mit den drei betroffenen Kommunen sinnvoll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Kultur bzw. ein ausgewogenes qualitativ hochwertiges kulturelles Angebot ist ein wichtiger Bereich, der die Lebensqualität vor Ort mitbestimmt und auch als Standortfaktor im Wettbewerb mit anderen Kommunen gesehen werden kann. Kulturobjekte wie z.B. Schloss Dyck, das Museum Insel Hombroich zusammen mit der Raketenstation oder kulturelle Veranstaltungen wie zum Beispiel die Classic Days ziehen jedes Jahr nicht nur die Menschen im Rhein-Kreis Neuss, sondern auch zahlreiche Besucher von außerhalb an und sind weit über die Kreisgrenzen hinweg bekannt. Davon lebt und profitiert auch die Tourismuswirtschaft im Rhein-Kreis Neuss. Trotzdem gibt es aus unserer Sicht hier noch Optimierungsbedarf, den wir uns anschauen möchten. Hierbei sollten aus unserer Sicht auch die Kreiskommunen mit einbezogen werden.

Neben der Kultur ist auch der Sport ein nicht unerheblicher Baustein für eine hochwertige Lebensqualität der Menschen im Rhein-Kreis Neuss. Im Bereich des Breitensports gehört hier den vielen Übungsleitern und Trainern ein großer Dank und unsere Anerkennung. Sie sind es, die vielfältiges Breitensportangebot ermöglichen. Wir

unterstützen daher auch finanziell die Trainer und Übungsleiterausbildung für die nächsten beiden Jahre in Höhe von 20.000 Euro.

Um auch qualitativ und quantitativ hochwertiges Angebot an Sportstätten im Kreisgebiet erhalten zu können, sind in den kommenden Jahren Investitionen nötig, die wir heute schon im Blick halten sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch im Namen meiner Fraktion möchte ich mich bei der gesamten Kreisverwaltung mit Ihnen, Herr Landrat, an der Spitze sowie allen Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Ein besonderer Dank gilt auch wieder der Kämmerei unter der Leitung von Kreiskämmerer Ingolf Graul sowie allen an der Aufstellung des Doppelhaushaltes beteiligten Abteilungen und Mitarbeitern, die erneut eine hervorragende Arbeit geleistet haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.